

Aufbau eines transkontinentalen Netzwerks zum Schutz des Lebens Indigener Völker in den tropischen Regenwäldern Südamerikas, Afrikas und Asiens



Kontakt: tropenwalddialog@misereor.de

Teilnehmende Organisationen

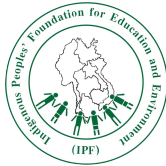


ELSHAM



Indonesien (Westpapua)

Indonesien (Kalimantan)



Thailand



DR Kongo



Kolumbien

Fucaí
Nuestro centro es la periferia



CEJIS
CENTRO DE ESTUDIOS JURÍDICOS
E INVESTIGACIÓN SOCIAL



Bolivien



Brasilien



Potãali
Fundo Indígena da Amazônia Brasileira

Begleitende Organisationen



misereor
GEMEINSAM GLOBAL GERECHT

WESTPAPUA
NETZWERK

Ausgangssituation

1. Rund 5.000 Indigene Völker leben in etwa 90 Ländern weltweit – geschätzte 476 Millionen indigene oder autochthone Menschen. Etwa 25 Prozent der Landfläche der Erde werden von indigenen Gemeinschaften bewohnt und genutzt. Viele Indigene Völker leben in (sub)tropischen Regenwäldern, die den größten Teil der weltweiten Artenvielfalt beherbergen. Diese Ökosysteme spielen eine entscheidende Rolle für die Stabilität des globalen Klimas. Wenn Indigene Völker in Städte abwandern, knüpfen sie oft Verbindungen zu beiden Welten, den Wäldern und dem städtischen Leben.
2. Die drei größten zusammenhängenden Regenwaldregionen befinden sich in Amazonien (Südamerika), im Kongobecken (Afrika) sowie in Indonesien und Thailand (Asien). Das Überleben der gesamten Menschheit ist mit dem Erhalt dieser tropischen Wälder verbunden.
3. Der internationale Rahmen für den Schutz der Rechte Indigener Völker wird geschaffen durch:
 - den Internationalen Pakt über Bürgerliche und Politische Rechte (ICCPR, 1966), Art. 27. Er schützt die Rechte von Minderheiten, einschließlich die Rechte Indigener Völker, insbesondere das Recht auf ihre eigene Kultur, Religion und Sprache,
 - das ILO-Übereinkommen 169 (1989). Es regelt Landrechte, die Beteiligung an Entscheidungsprozessen, den Schutz der Kultur und das Verbot von Diskriminierung,
 - das Ständige Forum der Vereinten Nationen für indigene Angelegenheiten (UNPFII, 2000),
 - den Sonderberichterstatter für die Rechte Indigener Völker (2001),
 - die Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte Indigener Völker (UNDRIP, 2007). Sie fordert das Recht auf Selbstbestimmung, Landrechte, kulturelle Identität, Bildung, Gesundheit und das Recht auf freie, vorherige und informierte Zustimmung (FPIC) bei allen Projekten, die Gebiete Indigener Völker betreffen,
 - den Expert*innenmechanismus der Vereinten Nationen für die Rechte Indigener Völker (EMRIP). Dieser berät den UN-Menschenrechtsrat in Fragen der Rechte Indigener Völker. Er unterstützt die Mitgliedstaaten bei der Verwirklichung der Ziele der UNDRIP.
4. Indigene Völker – und andere Bewohner*innen der drei tropischen Regenwaldregionen – sind existenziellen Bedrohungen ausgesetzt, die in erster Linie auf das vorherrschende globale Wohlstandsmodell zurückzuführen sind. Die Lebens- und Produktionsweise dieses Modells basieren auf einem Hunger nach Ressourcen, der zur Ausbeutung und Zerstörung von Mensch und Natur führt. Dahinter stehen diskriminierende Denkweisen, die globale Ungerechtigkeiten legitimieren und verstärken: Rassismus, Sexismus, Patriarchat und der vorherrschende Kapitalismus.
5. Die Lebensweisen Indigener Völker und die Regenwälder als ihr Lebensraum sind durch vielfältige systematische Diskriminierung, Abholzung, verschiedene Formen des Rohstoffabbaus, die Klimakrise und den Verlust der biologischen Vielfalt bedroht. An vielen Orten verschwindet ihre Lebensweise. Ihre Menschenrechte werden bis heute grundlegend verletzt. Der Widerstand Indigener Völker gegen diese Bedrohungen wird ohne Weiteres kriminalisiert. Verteidiger*innen von Menschen- und Umweltrechten werden bedroht oder gar ermordet. Einige Regierungen setzen Polizei und Militär ein, um sie zu unterdrücken.

Sieben Sprachen, ein Ziel: Brücken bauen zwischen Indigenen Völkern und der deutschen Zivilgesellschaft

6. Wir, Vertreter*innen Indigener Völker und verbündeter NGOs aus Thailand, Kalimantan und Westpapua in Indonesien (Südostasien und Pazifik), der Demokratischen Republik Kongo (Afrika) sowie aus Kolumbien, Bolivien und Brasilien (Südamerika) kamen vom 20. bis 22. Oktober mit Vertreter*innen der Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik aus Deutschland zusammen.
7. Wir konnten in sieben Sprachen miteinander kommunizieren, dank der Unterstützung professioneller Dolmetscher*innen. Aus drei bzw. vier Kontinenten zusammenzukommen, zuzuhören, sich auszutauschen, Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu identifizieren, zu planen und zu feiern – das war für alle Teilnehmer*innen der große Reiz und die Freude dieses Treffens.
8. Dieses Treffen ist Teil eines gemeinsamen Prozesses, der seit 2023 von Misereor, dem Westpapua-Netzwerk in Deutschland und dem Asia Indigenous Peoples Pact (AIPP) mit Sitz in Thailand initiiert wurde. Nach mehreren digitalen Formaten war dies das erste persönliche Treffen. Dieses Positionspapier wurde in einem partizipativen Prozess entwickelt, der die Essenz unserer gemeinsamen Perspektiven einfängt und gleichzeitig die Komplexität und Nuancen berücksichtigt, die sich aus den unterschiedlichen kulturellen Kontexten und Sprachen ergeben. Es spiegelt unser kollektives Verständnis der gemeinsamen Herausforderungen und möglichen Handlungsansätze wider.

Fünf zentrale Herausforderungen

9. Während dieses interkontinentalen Dialogs haben wir fünf gemeinsame Kernanliegen identifiziert, die für uns teilnehmende Vertreter*innen Indigener Völker von höchster Relevanz sind:

1

Alles ist miteinander verbunden: Unser indigenes Wissen als ein Weg zu globaler Nachhaltigkeit

10. In Bezug auf die Welt um uns herum sagen wir Indigene Völker: „Alles ist mit allem verbunden.“ Wir verstehen das menschliche Leben als Teil alles Lebendigen, eines großen und miteinander eng verbundenen Ganzen, nicht als etwas Getrenntes oder Gegensätzliches. Mit unseren Sprachen, Körpern, Symbolen und Ritualen schützen und verteidigen wir unsere Territorien. Traditionell heilen wir Krankheiten mit Medizin aus dem Wald. Wir tragen durch unsere Wissenssysteme, Kosmologien und Spiritualitäten kulturell, ökologisch, sozial und wirtschaftlich zum Wohlergehen aller Menschen und Lebewesen bei. Wir betonen unsere Rolle als Hüter*innen der biologischen Vielfalt.
11. Unser Verständnis der gegenseitigen Verbundenheit und Abhängigkeit alles Lebendigen bietet wertvolle Perspektiven für die globale Nachhaltigkeit. Unser Verständnis der tropischen Wälder und unsere kontinuierliche Präsenz in unseren Territorien machen uns zu strategischen Akteur*innen für den Klima- und Biodiversitätsschutz. Ferner verfügen wir Indigene Völker über Wissen, das für den Schutz der Ökosysteme und die Wiederherstellung des Gleichgewichts von entscheidender Bedeutung ist. Der Einbezug dieses Wissens in die öffentliche Politik – durch die Zusammenarbeit mit indigenen Behörden, Schutzbeauftragten und kommunalen Überwachungsgruppen – ist nicht nur strategisch wichtig für eine nachhaltige Umwelt- und Territorialpolitik, sondern auch unerlässlich für unser kollektives Überleben als Menschheit.

2

Territorium, Identität, Macht: Indigene Völker fordern Selbstbestimmung und Selbstverwaltung

12. Die staatliche Anerkennung unserer Landrechte in Form indigener Territorien sowie die Selbstbestimmung und Selbstverwaltung in diesen Territorien sind grundlegende Voraussetzungen für die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen und damit auch unserer Identitäten und Kulturen. Wir betonen die Notwendigkeit der rechtlichen Anerkennung indigener Identitäten und kollektiver Rechte sowie einer qualifizierten politischen Vertretung, um unsere berechtigten Interessen und Bedürfnisse zur Geltung bringen und in politische Prozesse einbringen zu können.
13. Eine starke Lobby, globale Vernetzung und der Austausch zwischen indigenen Organisationen sind unerlässlich, um gemeinsame Strategien zu entwickeln und politische Anerkennung und Handlungsfähigkeit zu erlangen. Angesichts der gezielten Versuche von Staaten und Unternehmen, unsere Gemeinschaften zu spalten und unseren Widerstand zu schwächen, ist es von entscheidender Bedeutung, dass

wir uns autonom organisieren und traditionelle Vermittlungs- und Dialogstrukturen stärken. Politische Vertretung befähigt unsere Gemeinschaften darüber hinaus, sich wirksam für unsere Rechte einzusetzen.

14. Der direkte Zugang zu Klimafinanzierungen auf Grundlage vorheriger und vollständiger Information sowie gerechter Verträge ist der Schlüssel zur Gewährleistung echter territorialer Autonomie und zur Stärkung unserer Selbstverwaltung. Alle Formen der Finanzierung von Initiativen zum Schutz des Lebens Indigener Völker und des Regenwaldes müssen die kulturelle Identität eines jeden Indigenen Volkes respektieren.

3

Verteidigung von Land, Leben und Klima: Indigener Widerstand gegen Abholzung, Extraktivismus und Falsche Lösungen

15. Obwohl wir Indigenen Völker am wenigsten zum Klimawandel beitragen, zahlen wir einen unverhältnismäßig hohen Preis für dessen Auswirkungen. Wir sind aufgrund mehrfacher systematischer Diskriminierung, Vertreibung, der vom Menschen verursachten Klimakrise, falschen Klimaschutzlösungen und des Verlusts der biologischen Vielfalt im Durchschnitt einem höheren Armutsrisiko ausgesetzt. Die Entwaldung und die globale Klimakrise bedrohen in erster Linie unsere Ernährungssicherheit und Gesundheit: Dürren, Überschwemmungen und Stürme machen das Sammeln, Fischen, Jagen, Säen und Ernten unvorhersehbar. Die anhaltende Entwaldung und Waldbrände stellen eine ernsthafte Bedrohung für die tropischen Regenwälder dar und gefährden deren wichtige ökologische Funktionen als Kohlenstoffspeicher und Wasserreservoirs. So ist beispielsweise Amazonien in Gefahr, zu einer Steppe zu verkommen. Auf diese Weise drohen unsere Lebensräume unwiederbringlich verloren zu gehen. Wir streben nach weltweiter Anerkennung unserer Beiträge zum Klimaschutz – eine Anerkennung, die uns allzu oft verweigert oder abgesprochen wird – und wir setzen uns weiterhin auf internationalen Plattformen wie der COP 30 in Belém, Brasilien für unsere Rechte ein.
16. Unsere territoriale Souveränität wird durch staatliche Eingriffe zusätzlich aktiv eingeschränkt. Invasive Naturschutzprogramme, Infrastrukturprojekte und Landerwerb im Rahmen des Emissionshandels bedrohen unsere Lebensräume – und damit unsere Lebensgrundlagen – erheblich.
17. Extraktivismus in Form von Ausbeutung der Natur durch Abholzung, Agrarindustrie und Bergbau ist eine weitere Katastrophe, die zur Umweltzerstörung führt und weltweit unsere Lebensgrundlagen bedroht. Nationale und transnationale Agrarunternehmen zerstören gerodete Flächen innerhalb weniger Jahre durch Monokulturen (z. B. Soja, Ölpalmen) und extensive Viehzucht. Legal und illegaler Bergbau (z. B. Öl, Kohle, Gas, Metalle und Seltene Erden) zerstört und vergiftet fruchtbares Land, Wälder, Flüsse und Meere. Pharmakonzerne patentieren das genetische Material von Heilpflanzen und enteignen unser traditionelles Wissen.
18. Diese Praktiken werfen für uns als Indigene Völker dringende Fragen auf. Respektieren und erfüllen Regierungen und Unternehmen wirklich unsere Rechte, einschließlich unserer Menschenrechte und den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen? Wer übernimmt die Verantwortung für die durch die Klimakrise verursachten Verluste und Schäden – Schäden, von denen unsere Gemeinschaften unverhältnismäßig stark betroffen sind? Auf welche Weise können wir einen unmittelbaren Zu-

gang zu Klimafinanzierungen sicherstellen und aktiv sowie wirkungsvoll an einer gerechten Umgestaltung hin zu mehr Klimagerechtigkeit mitwirken? Und welche spirituellen, sozialen und wirtschaftlichen Alternativen können wir anbieten, um der zerstörerischen Logik des extraktivistischen Entwicklungsmodells entgegenzuwirken?

4

Keine Klimagerechtigkeit ohne Geschlechtergerechtigkeit: Indigene Frauen als Säulen des Wandels

19. Mobilisierung und Förderung indigener Widerstandsbewegungen sind zunehmend untrennbar mit der Führungsrolle und den Stimmen indigener Frauen verbunden. In Kämpfen um Wälder, Land und Territorien haben sich indigene Frauen als wichtige Organisatorinnen, Friedensstifterinnen und Verteidigerinnen der kollektiven Rechte unserer Völker hervorgetan. Unabhängig von der Art des Konflikts – ob zwischen sesshaften Bauern und Hirten, bei Auseinandersetzungen um Wasserressourcen oder insbesondere bei Streitigkeiten um die Sicherung der Lebensgrundlagen – sind Frauen Teil der Lösungsfindung.
20. Die Führungsrolle von Frauen geht über traditionelle Rollen hinaus und verbindet Generationen, indem sie Kinder, Jugendliche und Ältere aktiv in generationsübergreifende Bewegungen einbezieht. Frauen fördern die Widerstandsfähigkeit der Gemeinschaften und die Weitergabe von Wissen. Strukturelle Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern schränken jedoch weiterhin das Potenzial von Frauen ein. Indigene Frauen und Mädchen sehen sich nach wie vor mit systemischen und oft übersehenen Hindernissen konfrontiert, wie diskriminierende Normen, geschlechtsspezifischer Gewalt, politischer Ausgrenzung und eingeschränktem Zugang zu Land, Bildung und finanziellen Ressourcen. Insbesondere der Ausschluss vom Landbesitz hat erhebliche wirtschaftliche Folgen, da dieser in vielen ländlichen Gebieten die einzige Einkommensquelle darstellt.
21. Diese Ungerechtigkeiten marginalisieren nicht nur Frauen, sondern schwächen auch die kollektive Kraft unserer indigenen Bewegungen insgesamt. Die Förderung der Geschlechtergleichstellung im Rahmen des Widerstands der Indigenen Völker bedeutet daher, dass Frauen nicht nur Teilnehmerinnen, sondern auch Entscheidungsträgerinnen sind. Als solche verfügen sie über die Ressourcen, die Sicherheit und die Anerkennung, die für einen transformativen Wandel erforderlich sind. Um dieses Potential zu entfalten, ist die Sicherheit von Frauen und weiblichen Vertreterinnen sozialer Bewegungen und der Kirchen bzw. Religionen eine unverhandelbare Voraussetzung. Die Förderung der Führungsrolle von Frauen in der indigenen Regierungsführung, der Klimagerechtigkeit und der Verteidigung des Territoriums ist nicht nur eine Frage der Repräsentation, sondern eine Voraussetzung für Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und die vollständige Verwirklichung der Selbstbestimmung der Indigenen Völker.

5

Von der Anerkennung zur Umsetzung: Verteidigung der Rechte Indigener Völker in Fragilen Demokratien

22. Die Anerkennung der Würde und der Rechte aller Menschen sowie regelbasierte nationale und internationale Politik sind die Grundlage für ein friedliches Zusammenleben. Darüber hinaus ist der Schutz Indigener Völker in internationalen Menschenrechtsrahmen verankert. Wir dürfen nicht aufgrund unserer Traditionen diskriminiert

werden und haben das Recht auf freie, vorherige und informierte Zustimmung bei allen Anliegen, die uns betreffen (UNDRIP 2007, ILO 169). Dennoch werden unsere Rechte nach wie vor in großem Umfang verletzt. In vielen Ländern missachten autoritäre Führer*innen demokratische Prinzipien und den Schutz von Minderheiten. Die Verteidigung unserer indigenen Rechte stärkt die Demokratie, schützt die natürlichen Ressourcen, fördert die Ernährungssouveränität und bleibt daher für das Streben nach einer gerechten und nachhaltigen Welt von entscheidender Bedeutung.

- 23.** Ein übergreifendes und globales Problem, das unser Leben in Regenwaldregionen bedroht, ist der mangelnde rechtliche Schutz indigener Gruppen bzw. die unzureichende Umsetzung dieses Schutzes. Darüber hinaus ist die Straflosigkeit für Straftaten gegen Indigene Völker in vielen Ländern weit verbreitet.
- 24.** Während formelle Landrechte für das Überleben unserer Völker von zentraler Bedeutung sind, gibt es mehrere Länder, in denen Landtitel oft nicht dauerhaft oder rechtlich gesichert sind. Selbst in Ländern, in denen kollektive Landrechte verfassungsrechtlich anerkannt sind, mangelt es in der Praxis häufig an der Umsetzung.
- 25.** Eine Form des Widerstands gegen solche Eingriffe von außen sind selbstorganisierte Mechanismen Indigener Völker zum Schutz ihrer Territorien und des Lebens. Diese Mechanismen dienen dazu, Verletzungen unserer Landrechte und die Ausbeutung unserer natürlichen Lebensgrundlagen zu dokumentieren und darüber berichten zu können. Wächter*innen sind zumeist in der Autorität der Vorfahren verwurzelt und in die lokale Regierungsführung eingebunden.

Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft Welt- weit müssen unsere Indigenen Rechte wahren

26. Nach internationalem Recht müssen unsere Menschenrechte und unsere Indigenen Rechte auf Selbstbestimmung respektiert werden. Wir fordern, dass internationale Verpflichtungen in politischen Maßnahmen und Ressourcen zum Ausdruck kommen, die die spezifischen Kontexte und Bedürfnisse von Indigenen Völkern nicht nur in tropischen Regenwäldern, sondern weltweit berücksichtigen.
27. Nationale und transnationale Unternehmen müssen die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte sowie die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen anerkennen und respektieren. Sie dürfen sich nicht an Aktivitäten beteiligen, die Menschenrechte und Indigene Rechte verletzen. Sie müssen transparente Konsultationen und Zustimmung sicherstellen, Schäden vermeiden und wiedergutmachen sowie internationale Standards und nationale Gesetze einhalten.
28. Wir rufen die Zivilgesellschaft weltweit dazu auf, unsere Rechte zu schützen und deren Umsetzung einzufordern. Wir appellieren dringend an die Zivilgesellschaft, das Bewusstsein für unsere Anliegen zu schärfen und unsere Selbstbestimmung und die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen aktiv zu unterstützen – sowohl lokal als auch global. Transkontinentale Vernetzung und internationale Solidarität innerhalb der Zivilgesellschaft sind Aufgaben und Ressourcen, die genutzt werden können, um destruktive Machtstrukturen zunehmend zu überwinden.

Nächste Schritte nach diesem trans- kontinentalen tropischen Regenwald-Dialog

29. Wir treten in eine neue Phase der Eigenverantwortung für dieses interkontinentale Netzwerk ein, das wir aufbauen wollen. Während der Prozess ursprünglich von AIPP, Misereor und dem Westpapua-Netzwerk geleitet wurde – unter Einbeziehung von Repräsentant*innen und Organisationen aus den drei großen tropischen Regenwaldregionen –, übernehmen wir als indigene Vertreter*innen nun die Führung bei der Gestaltung der künftigen Zusammenarbeit. Wir verbinden und stärken bestehende Kapazitäten und Netzwerke in unserem gemeinsamen Kampf für ein Leben in Würde und Gerechtigkeit. Gestärkt durch diesen Prozess und bereichert durch gegenseitiges Lernen sind wir nun besser gerüstet, unsere Arbeit voranzutreiben, sowohl (1) in unseren jeweiligen lokalen Kontexten als auch (2) durch gemeinsame Anstrengungen über Länder und Kontinente hinweg.

Impressum

Herausgeber

Bischöfliches Hilfswerk
Misereor e. V.
Aachen, November 2025

Mozartstraße 9
52064 Aachen
Telefon: 0241 442 – 0
Telefax: 0241 442 – 188
E-Mail: postmaster@misereor.de

Redaktion

Dr. Markus Büker
Selina Wiredu

Grafische Gestaltung

Anja Hammers